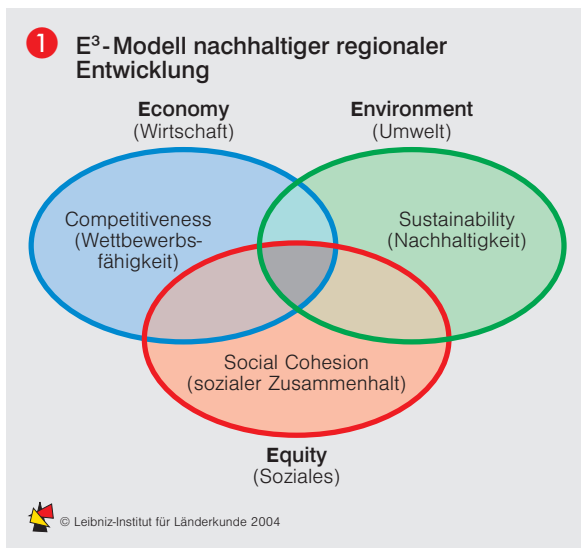


Ansätze nachhaltiger Regionalentwicklung

Thorsten Wiechmann



Der Begriff **nachhaltige Entwicklung** hat eine steile Karriere hinter sich. Seinen Ausgang nahm der internationale Dialog hierüber bereits in den 1980er Jahren. Vor allem der 1987 veröffentlichte Brundtland Report *Our common future* wirkte als Initialzündung. War das Nachhaltigkeitsprinzip zuvor auf die Sicherung einer langfristigen wirtschaftlichen Nutzbarkeit natürlicher Ressourcen ausgerichtet, so stellte der Brundtland Report erstmals auf die generationenübergreifende Zukunftsverantwortung ab: Die menschliche Bedürfnisbefriedigung soll die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen nicht beeinträchtigen.

Die auf der **Rio-Konferenz** der Vereinten Nationen 1992 erfolgte Ausdifferenzierung des Nachhaltigkeitskonzepts in die drei Zieldimensionen Öko-

nomie, Ökologie und Soziales **1** hat seitdem, obwohl nicht rechtsverbindlich, erheblichen Einfluss auf die nationale wie internationale Politik genommen. In Deutschland wurde eine nachhaltige Entwicklung 1994 Verfassungsziel. 2002 wurde eine **nationale Nachhaltigkeitsstrategie** beschlossen.

Allerdings ist der weit gefasste Nachhaltigkeitsbegriff nicht unproblematisch. In der öffentlichen wie auch in der wissenschaftlichen Debatte wird er zunehmend inflationär verwendet. Dabei stellt die Nachhaltigkeitsidee hohe Anforderungen. Die Breite der Themen und die unterschiedlichen Maßstabebenen von der globalen bis zur lokalen Ebene führen zu einer Hyperkomplexität, die die beteiligten Akteure schnell überfordert und eine öffentliche Debatte erschwert. Bisher ist es nur ansatzweise gelungen, die regulative Idee nachhaltiger Entwicklung in Form von Rahmen sendenden Zielen zu operationalisieren. Indikatorensets zur Messung nachhaltiger Entwicklung stehen ebenfalls erst am Anfang.

Bedeutung der Region

Im Mittelpunkt der Ansätze nachhaltiger Entwicklung standen zunächst die Kommunen. In der Agenda 21, dem Abschlussdokument der Rio-Konferenz, werden lokale Handlungsansätze besonders betont. Gleichwohl gehen die Vertreter der Nachhaltigkeitsidee davon aus, dass es vielfältiger Anstrengungen auf allen Politikebenen bedarf. Viele Probleme in den zentralen Verantwortungsbereichen Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Bau- und Siedlungswesen müssen vor Ort gelöst werden, überfordern aber oftmals die einzelne Kommune. Daher kommt der regionalen Ebene eine Schlüsselrolle zu. Im Grundsatz kombinieren Ansätze nachhaltiger Regionalentwicklung die Nachhaltigkeitsidee mit dem Konzept einer eigenständigen Regionalentwicklung.

Auf der regionalen Ebene zeigt sich aber auch die Schwierigkeit, dass viele Schlüsselprobleme wie die Klimaveränderung nur global zu lösen sind. Auch die traditionell geringe Institutionalisierung der Regionen in Deutschland schwächt die Durchsetzbarkeit nachhaltiger Regionalentwicklung.

Kooperative Lernprozesse

Einen umweltwissenschaftlich begründbaren Königsweg zur nachhaltigen Entwicklung gibt es nicht. Unsicheres Wissen, individuelle Wertvorstellungen und die Komplexität der Wirkungszusammenhänge erfordern einen kommunikativen Lern- und Suchprozess und eine offene Diskussionskultur zwischen beteiligten Akteuren aus Staat, Wirtschaft

und Zivilgesellschaft. Kooperation und Vernetzung gelten daher als Grundkonzepte bei der Umsetzung nachhaltiger Regionalentwicklung. Letztlich muss jede Nachhaltigkeitsstrategie eigenständige Lösungsansätze verfolgen und an vorhandene regionale Potenziale anknüpfen.

Das Verständnis von Nachhaltigkeit als ergebnisoffener gesellschaftlicher Prozess hat Konsequenzen für das Handeln des Staates. Nicht nur in der Regionalpolitik hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass einseitige hierarchische Interventionen des Staates wenig Erfolg versprechend sind. Anstatt als abgegrenzte physische Ausschnitte der Erdoberfläche werden Regionen heute als mittelmaßstäbliche Kooperationsräume verstanden, in denen private und öffentliche Akteure in Netzwerken interagieren.

Der Regionalpolitik kommt hier die Aufgabe zu, Prozesse der kooperativen Selbststeuerung zu initiieren. Dazu gehört z.B. auch, dass über *Good-Practice*-Ansätze, wie die Modellvorhaben der Raumordnung, Impulse gesetzt werden. Erforderlich ist ein Mix aus hierarchischen, marktlichen und diskursiven Steuerungsformen **2**. Unter dem Schlagwort *Regional Governance* wird dieses moderne Planungs- und Politikverständnis europaweit seit einigen Jahren verstärkt diskutiert.

Ausgewählte Ansätze **4**

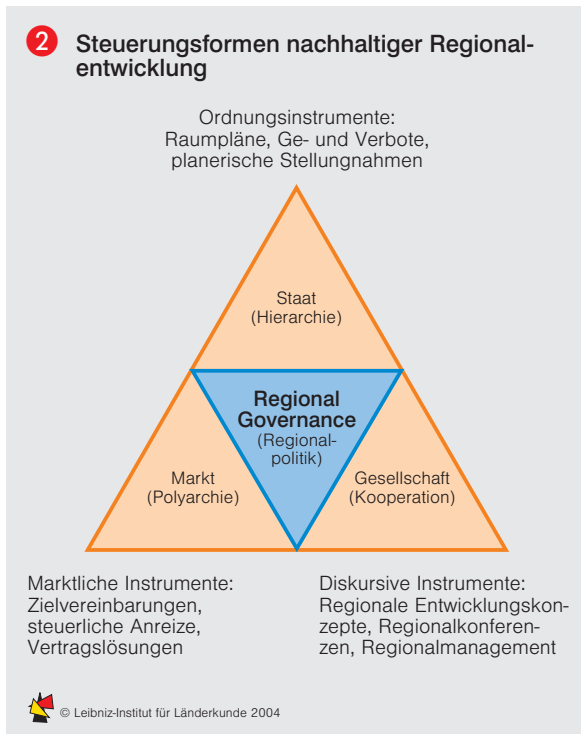
- Seit 1998 gilt eine nachhaltige Entwicklung als Oberziel deutscher Raumordnung, verankert im § 1 des Raumordnungsgesetzes. Dies bedeutet, dass die 108 deutschen Planungsregionen a priori einer nachhaltigen Regionalentwicklung verpflichtet sind. Die Unbestimmtheit des Begriffes führt jedoch dazu, dass eine Integration der Dimensionen der Nachhaltigkeit nur in Ansätzen gelingt.

nachhaltige Entwicklung – eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen (Brundtland-Kommission 1987)

Rio-Konferenz – UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992, auf der die internationale Verständigung über eine globale nachhaltige Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Das Abschlussdokument der Rio-Konferenz, die Agenda 21, formuliert die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung.

nationale Nachhaltigkeitsstrategie – Programm der Bundesregierung für nachhaltige Entwicklung, 2002 mit Blick auf die UN-Gipfel zur nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg (Rio+10) vorgelegt

- Neuere Ansätze zielen auf kooperative Wettbewerbe zwischen Regionen. Beispielhaft stehen hierfür die Bundeswettbewerbe Regionen der Zukunft **3** und Regionen Aktiv.
- Mit den 1992 eingeführten Modellvorhaben der Raumordnung zielt die Bundesregierung auf die Förderung der Region als Handlungsebene einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung. Zu den Modellvorhaben gehören u.a. Regionalkonferenzen, regionale Sanierungs- und Entwicklungsgebiete sowie das Netzwerk Regionen der Zukunft.
- Die EU hat in ihrer „Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung“ (2001) festgelegt, dass nachhaltige Entwicklung zum Kernelement aller Politikfelder werden soll. Umsetzen sollen diese Leitvorstellung im Rahmen der Regionalpolitik der EU v.a. die Gemeinschaftsinitiativen wie LEADER für den ländlichen Raum und INTERREG für Grenzregionen. ♦



3 Ziele einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung im Rahmen des Bundeswettbewerbes „Regionen der Zukunft“

Ökologische Ziele

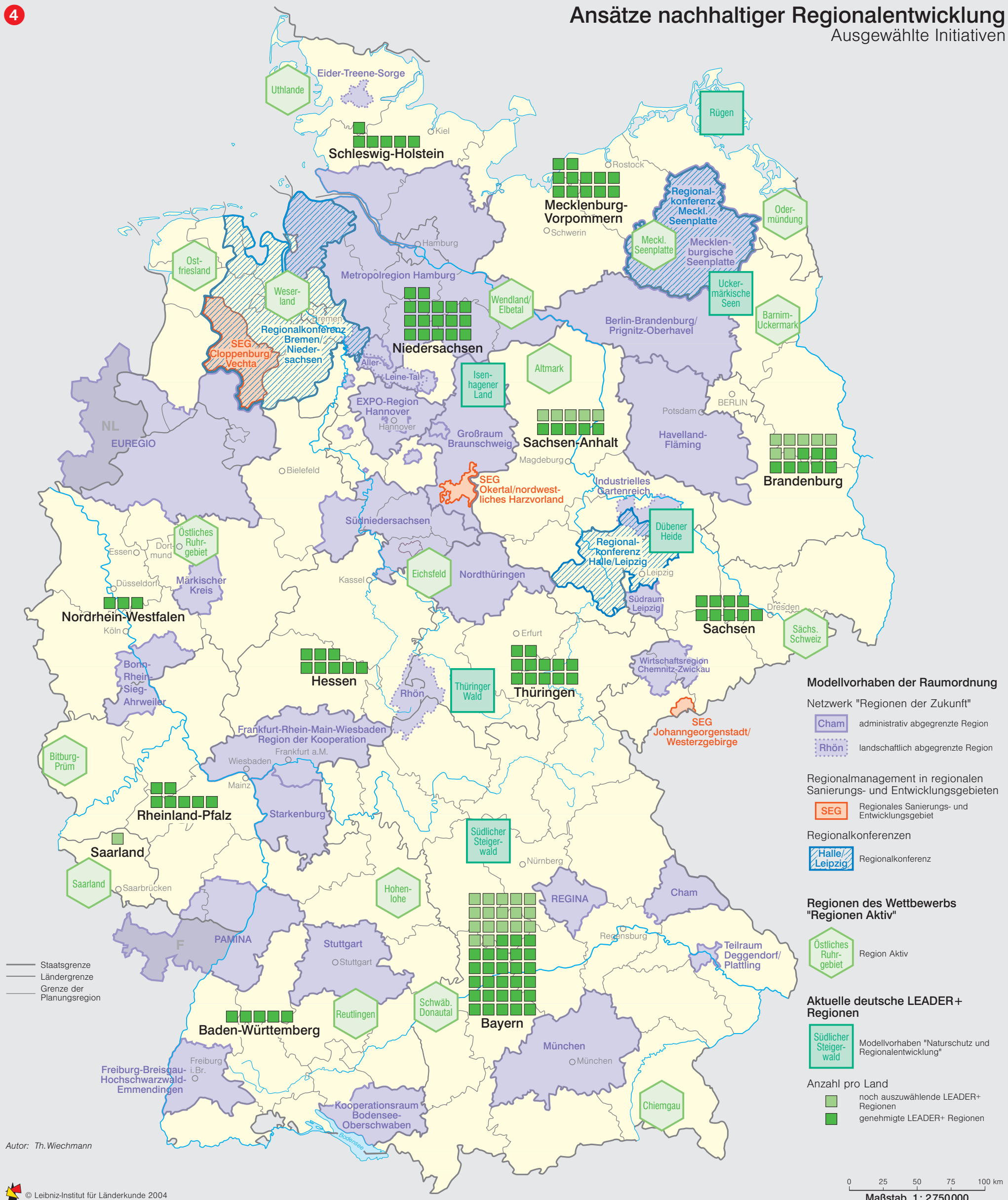
- Reduzierung der Freiflächeninanspruchnahme für Siedlungszwecke
- Förderung lokaler und regionaler Stoffströme und Energieflüsse
- Sparsame Nutzung nicht-regenerierbarer Rohstoffe und Energiequellen
- Reduzierung der Abgabe von Schadstoffen/Emissionen in die Natur

Soziale Ziele

- Gleichberechtigte Beteiligung und Berücksichtigung der Interessen aller regionalen Akteure und Bevölkerungsgruppen

Ökonomische Ziele

- Sicherung und Schaffung regionaler Arbeitsplätze in innovativen, umweltorientierten Betrieben
- Erhaltung und Verbesserung der finanziellen öffentlichen Handlungsspielräume



Autor: Th. Wiechmann